

- Gesetzgebungsprozess -

(von David Ochainski AIT0b)

- Gesetzesvorlagen werden beim Bundestag durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den **Bundesrat** eingebracht.
- Die Vorlagen der Bundesregierung müssen zunächst dem Bundesrat zugeleitet werden. Dieser hat innerhalb von 6 Wochen eine Stellungnahme zu diesem Gesetzesentwurf abzugeben. Der Bundesrat kann aus einem wichtigen Grund (Rücksicht auf Umfang der Vorlage) eine Fristverlängerung beantragen, wodurch sich der Fristzeitraum auf 9 Wochen streckt.
Die Bundesregierung kann ihrerseits eine Gesetzesvorlage; die sie an den Bundesrat weiterleitet; als besonders eilbedürftig bezeichnen. Die Bundesregierung kann diese nach 3 Wochen (oder durch Fristverlängerung nach 6 Wochen) an den Bundestag weiterleiten, obwohl noch keine Stellungnahme des Bundesrates abgegeben worden ist. Diese Stellungnahme muss nach Erhalt der Bundesregierung dem Bundestag unverzüglich nachgereicht werden.
Besonderheit: Bei Vorlagen die eine Änderung des Grundgesetzes und zur Übertragung der Hoheitsrechte (Art. 23 oder Art. 24 GG) vorsehen, beträgt die Frist zur Stellungnahme 9 Wochen.
- Gesetzesvorlagen des Bundesrates sind dem Bundestag durch die Bundesregierung innerhalb von 6 Wochen zuzuleiten. Die Bundesregierung soll hierbei ihre Auffassung darlegen. Sie kann ebenfalls eine Fristverlängerung aus einem wichtigen Grund (Rücksicht auf Umfang der Vorlage) eine Fristverlängerung beantragen, wodurch sich der Fristzeitraum auf 9 Wochen streckt.
Der Bundesrat kann seinerseits eine Gesetzesvorlage; die er an die Bundesregierung weiterleitet; als besonders eilbedürftig bezeichnen. Dann beträgt die Frist 3 Wochen (oder durch Fristverlängerung 6 Wochen).
Besonderheiten: Bei Vorlagen die eine Änderung des Grundgesetzes und zur Übertragung der Hoheitsrechte (Art. 23 oder Art. 24 GG) vorsehen, beträgt die Frist zur Stellungnahme 9 Wochen.
Der Bundestag muss in der angemessenen Frist über die Vorlage beraten und einen Beschluss fassen.
- Die Bundesgesetze werden vom Bundestag beschlossen, und nach ihrer Annahme werden sie dem Bundesrat zugesandt.
- Der Bundesrat hat innerhalb von 3 Wochen (nach Eingang des Beschlusses) Zeit, einen **Vermittlungsausschuss** einzuberufen oder dem Gesetzentwurf zustimmen, der dann zur Unterzeichnung durch die Bundesregierung weitergeleitet wird.
Wenn dieser Ausschuss eine Änderung vorschlägt, muss der Bundestag erneut einen Beschluss fassen und diesen dem Bundesrat mitteilen.
Sollte der Vermittlungsausschuss keinen Änderungsvorschlag haben, dann wird die Gesetzesvorlage direkt an den Bundesrat weitergeleitet.
Dieser kann der Vorlage zustimmen, und der Entwurf zum Abschluss durch die Bundesregierung weiterleiten, oder innerhalb von 2 Wochen einen Einspruch einlegen, wodurch der Bundestag wiederum einen Beschluss fassen muss. Dann wird im Bundestag abgestimmt. Wird der Einspruch nicht überstimmt, findet keine Gesetzesbildung statt. Wird der Einspruch überstimmt, dann steht dem Gesetzesentwurf fast nichts mehr entgegen.
- Ist das Gesetz zustande gekommen, wird es nach Gegenzeichnung des Bundeskanzlers und des zuständigen Bundesministers schließlich vom Bundespräsidenten ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Das Gesetz tritt erst dann in Kraft.

Bundesrat (auf Gesetzgebung bezogen):

Der Bundesrat ist die zweite Kammer des Parlaments in Deutschland und das oberste Bundesorgan, durch das „die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union“ mitwirken (Art. 55 GG). Ihm gehören 69 Mitglieder an, die nicht vom Volk gewählt, sondern als Vertreter der Landesregierung (in der Regel im Ministerrat) an deren Weisung gebunden sind. Die Anzahl der entsandten Mitglieder des Bundesrates variiert entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Bundesländer zwischen drei und sechs Vertretern. Die Stimmen jedes Landes können nur geschlossen abgegeben werden. Durch den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung (Bundesgesetze) und Verwaltung des Bundes mit (Art. 50 GG). Der Bundesrat hat hierbei die Aufgabe, die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung zu prüfen, ggf. zu ergänzen und schließlich an den Bundestag weiterzuleiten. Bei den ausdrücklich im Grundgesetz bezeichneten Gesetzen (z.B. über Verfassungsänderungen) ist die Zustimmung des Bundesrates erforderlich (sog. Zustimmungsgesetze). Bei anderen Gesetzesvorlagen hat der Bundesrat lediglich Einspruchrechte (sog. Einspruchsgesetze). Zudem kann der Bundesrat in eigener Zuständigkeit die Gesetzesinitiative ergreifen.

Hoheitsrechte:

Hoheitsrechte sind Befugnisse, die dem Staat zur Ausübung seiner inneren Souveränität zustehen. Diese Befugnisse sind durch die Verfassung und die Gesetze begrenzt. Befugnisse die dem Staat zur Ausübung der äußeren Souveränität zustehen, sind durch völkerrechtliche Verträge begrenzt. Hoheitsrechte zum Erreichen der Staatsziele und zur Ausübung der Staatsgewalt sind vor allem *die Rechtsetzungsbefugnis, die Polizeigewalt, die Finanzhoheit und die Gerichtsbarkeit*.

Nach Art. 24 Abs.1 GG ist der Bund ermächtigt, durch Gesetze Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen (die EU, die NATO etc.)

Quellen:

www.wissen.de

Schubert/Klein „Das Politiklexikon“, Dietz Verlag Bonn, 1997

„Das Bertelsmann Lexikon“, Verlagshaus Stuttgart, 1997

Bassermann „Jugend Lexikon“, Bassermann Niederhausen, 1991

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Stand: 26. Juli 2002)